

# iFijáte!

Nachrichten •

Informationen • Berichte zu Guatemala

No. 280

12. März 2003

9. Jahrgang

## Lesbenbefreiung: Teil einer neuen Nation?

Samantha Sams ist lesbische Feministin und Mutter, Teilzeitforscherin lesbischer Identitäten und Mitbegründerin von *Lesbiradas*. Als gebürtige Kanadierin ist sie von Herzen Internationalistin, lebt seit über sechs Jahren in Guatemala und engagiert sich in der internationalen Solidaritätsarbeit. Der folgende Artikel über lesbische Identität und die Organisationsformen ist in der Herbstausgabe 2002 des *Report on Guatemala* von NISGUA erschienen. Wir veröffentlichen ihn anlässlich des 8. März, des Internationalen Frauenrechtstages.

In der guatemaltekischen Öffentlichkeit existieren Lesben kaum. Und genau so unsichtbar sind Lesben in Guatemalas Geschichtsschreibung, Erziehung und Mythologie. Wenn überhaupt wahrgenommen, werden Lesben als Produkt einer ausländischen Krankheit dargestellt, als Symptom von bourgeoiser Dekadenz oder als verdrehte Perversion der Natur. Sie sind der Gegenpol zur sozial akzeptierten dienstfertigen Frau, deren Sexualität sich nach dem Willen der Männer richtet. Dennoch, trotz feindseliger Umgebung und sozialer Normen zeigen sich autonome lesbische Aktivistinnen in Guatemala immer mehr, widersetzen sich Stereotypen und kämpfen für ihre Rechte und Sichtbarkeit.

*Lesbiradas* ist das erste Kollektiv bekennender Lesben in der Geschichte Guatemalas, das den rechtlichen Status einer Nichtregierungsorganisation erhielt. Diese auf Freiwilligenarbeit basierende Organisation kratzt am guatemaltekischen Konservatismus, da sie gegen das Justizsystem kämpft, Allianzen mit der sozialen Bewegung schliesst, die Öffentlichkeit informiert und Verhaltensformen proklamiert, welche Respekt für alle Menschen einfordern. *Lesbiradas* definiert sich als feministische Organisation und engagiert sich zentral für die Menschenrechte sexuell anders orientierter Menschen. Somit kämpft *Lesbiradas* in erster Linie für die Rechte der Lesben, sieht sich aber auch als Teil einer breiteren Bewegung, die für die Akzeptanz anderer guatemaltekischer Identitäten entlang von Geschlecht, Ethnie und Klasse, und deren Schutz vor dem Gesetz kämpft.

### Sexuelle Vielfalt und Menschenrechte

Die grosse Mehrheit ignoriert in Guatemala die Existenz von Lesben, Schwulen und Transvestiten. Von der Kirche werden sie als SünderInnen, von der Durchschnittsbevölkerung als 'unproduktiv' und 'gefährlich' abgestempelt, oder im besten Fall paternalistisch bemitleidet. Historisch waren sie immer wieder Opfer von Schwulenhetze, Vergewaltigung und Mord oder aber anerkannte Zielscheibe von grausamen diskriminierenden Witzen. Sexuelle Minderheiten leben in der ständigen Angst, ihre Identität könnte von ihren ArbeitgeberInnen erkannt werden oder es könnte ihnen wegen ihrer sexuellen Orientierung die gemietete Wohnung oder das Haus gekündigt werden. Viele sind so regelmässig Missbrauch und Angriffen ausgesetzt.

Die Ermordung von Transvestiten durch paramilitärische Gruppen ist in Guatemala Stadt stets präsent, genauso wie die Belästigung von 'offensichtlich' Schwulen, Lesben und Transvestiten durch die Zivilpolizei. Zu den üblichen Belästigungen

gehören das Erheben von Bestechungsgeldern, physische Brutalität, sexueller Missbrauch, Folter und systematische Vergewaltigung. Das guatemaltekische Rechtssystem zeigt sich unfähig oder uninteressiert, Anklagen entgegenzunehmen, zu bearbeiten oder als Menschenrechtsverletzungen zu verfolgen.

Fehlendes Vertrauen in die Justiz, Angst vor Wiederholungstätern und mangelnde Erfahrung im Rechtsstreit machen die Opfer noch verletzbarer. Die Straffreiheit für Täter hinterlässt ein Gefühl der Machtlosigkeit, das einen zerstörerischen Einfluss auf die schwul-lesbische *Community* ausübt und die Zusammenarbeit mit MenschenrechtsaktivistInnen zusätzlich erschwert.

### Organisation gegen Widrigkeiten

Während die Frauen- und die Indígenabewegung in Guatemala schon lange sichtbar sind, fehlt dem Kampf um das Recht für sexuelle Selbstbestimmung noch immer die Anerkennung. Erst die Ermordung eines transvestiten Sexarbeiters, der sich in der Aids-Prävention und als Menschenrechtspromotor engagierte, zwang die Gay-Bewegung zu ersten Schritten für die Verteidigung eigener Menschenrechte. Die Erschiessung von María Conchita 1997 war Teil einer Säuberungskampagne im Zentrum von Guatemala Stadt gegen Schwule, Transvestiten, SexarbeiterInnen, Strassenkinder, Obdachlose, Gangs und andere sogenannte 'Unerwünschte'. In der Folge wurde eine Mahnwache abgehalten, die Zeitungen berichteten über den Vorfall und zum ersten Mal demonstrierten Mitglieder der Homosexuellenbewegung öffentlich gegen die Gewalt, der sie ausgesetzt sind, und forderten Respekt für ihre sexuelle Wahl ein.

Viele Schwule, vor allem aus der Mittel- und Oberschicht, bleiben aber sehr zurückhaltend im Menschenrechtsdiskurs, weil sie fürchten, er hätte den Beigeschmack von Subversion und sie weigern sich, eine explizite Rolle in der Verteidigung von sexuellen Minderheiten zu spielen. Dennoch besteht eine beträchtliche Anzahl von Schwulen, Lesben und Transvestiten auf der Notwendigkeit, sich und andere bezüglich ihrer Rechte weiterzubilden, Allianzen mit anderen Bewegungen einzugehen und das Thema der sexuellen Vielfalt öffentlich zu machen.

In den letzten zwei Jahren gewannen somit Lesben, Schwule und Transvestiten nicht nur in den Basisbewegungen an Bedeutung, sondern auch in der Presse und im sozia-

len Bewusstsein. Treffen und Workshops mit Angestellten aus dem Polizeiwesen wurden organisiert, Empfehlungen an den Menschenrechtsombudsmann abgegeben, es gelangten Interviews in Radio und Presse, dazu kamen zwei Demos zum *Gay Pride Day* und Lobbying in Arbeitsrechtsgruppen. Gleichzeitig wurden Beziehungen zu internationalen Lesben- und Schwulenorganisationen geknüpft, aber auch zu Menschenrechtsorganisationen wie *Amnesty International*.

### Gegen Diskriminierung

*Lesbiradas*, die HIV-Präventionsorganisation OASIS, *Rompiendo Fronteras* (eine Gruppe von Schwulen aus der Unterschicht) und das Transvestiten-Kollektiv CATS haben mit einem Gesetzesentwurf gegen Diskriminierung aufgrund sexueller Orientierung mittlerweile auch in politisch progressiven Kreisen an Beachtung gewonnen.

Dieses Gesetz beabsichtigt, eine legale Basis gegen Homophobie und Diskriminierung in Guatemala zu schaffen. Es schliesst weder die Möglichkeit homosexueller Ehen, noch eine neue Immigrationsgesetzgebung für Homosexuelle mit ein. Es beabsichtigt vielmehr Veränderungen im Erziehungs-, Gesundheits- und Justizsystem und versucht, gleiche Behandlung für alle – unabhängig von ihrer sexuellen Identität – gesetzlich zu verankern. Es verlangt auch vom Staat, Sicherheitskräfte, StaatsanwältInnen und andere Schlüsselstellen und -figuren in der Regierung auf sexuelle Diskriminierung zu sensibilisieren.

Die InitiantInnen sind sich des langen Kampfes und der zu erwartenden Widerstände gegen die Einführung einer solchen Verfassungsänderung bewusst und haben AnwältInnen engagiert, die Langzeitstrategien entwickelt haben. Ausserdem verbreiten sie den Gesetzesentwurf in den verschiedenen Organisationen und versuchen Kongressabgeordnete für ihre Sache zu gewinnen, indem sie die Parteien mit Öffentlichkeitskampagnen in der Wahlperiode unter Druck setzen.

### Unterschiede zwischen den Organisationen, Unterstützung und Solidarität

"Einheit in der Verschiedenartigkeit" ist einer der Slogans, der Schwule, Transvestiten, Transsexuelle, Bisexuelle und Lesben verbindet und gleichzeitig die verschiedenen Bedürfnisse zum Ausdruck bringt.

Männer und Frauen anderer sexueller Ausrichtung als der Heterosexualität werden in Schulen, Spitälern oder bei der Arbeit diskriminiert. Wegen der verstärkten Sichtbarkeit erleiden Schwule und Transvestiten mehr diskriminierende Witze, Schikanen und physische Übergriffe

in der Öffentlichkeit. Lesben hingegen werden vorerst totgeschwiegen und existieren nur als sexuell stimulierendes Futter für heterosexuelle Männer, oder als Zielscheibe für sexuelle Anspielungen und Übergriffe durch Angehörige und Bekannte. Lesben und bisexuelle Mütter werden regelmässig die Kinder weggenommen, meist von vormaligen Partnern oder von Verwandten der Kindsväter.

Die unterschiedlichen Diskriminierungsformen führen auch zu verschiedenen Organisationsformen jeder Identitätsgruppe. Transvestiten organisieren Sicherheits- und Unterstützungsnetzwerke gegen Polizeigewalt, Strassengewalt und generellen Missbrauch. Schwule Männer organisieren sich mehrheitlich rund um die HIV/AIDS-Präventionsarbeit, teilen sich aber auf in immer mehr Untergruppen: junge Schwule, schwule Arbeiter, linke Schwule, etc. Im gegenseitigen Kontakt bilden sie sich weiter, organisieren 'gay pride'-Demos und feiern ihre Vielfaltigkeit. Auch Bisexuelle und Transsexuelle fangen an, ihre Identitäten zu verteidigen, auch wenn sie sich bisher nicht in konkreten Interessensgruppen organisiert haben.

### Lesbenalltag und Lesbenbefreiung

Nach Jahren von Schwerpunktstretereien und vereitelten Versuchen, sich unabhängig von der Schwulenbewegung zu organisieren, haben es die Lesben mit Aktivitäten und Kampagnen geschafft, ihren Platz in der politischen Szene zu sichern. 1995 wurde die erste Lesbenorganisation gegründet, *Mujeres Somos*, und 1999 *Lesbiradas*.

Für Lesben gibt es viele persönliche Hindernisse, sich zu organisieren. So etwa ein verinnerlichter Lesbenhass oder die Zersplitterung der Gesellschaft, die Kultur der Gewalt und die Angst, sich zu organisieren, in Erinnerung an den Krieg. Als psychische Folgen der Geheimhaltung, welche die Angst beinhaltet, Familie, FreundInnen, die Wohnung oder die Arbeit zu verlieren, leiden viele unter Depressionen, Paranoia und schlechter Gesundheit. Dazu kommen die Geschlechterunterdrückung ganz allgemein, die finanzielle Abhängigkeit von männlichen Familienmitgliedern oder Ehemännern und die Gefahr, die minimale Versorgung und den Unterhalt zu verlieren.

Kollektive Hindernisse für die Organisation sind fehlende Finanzen und daher das Angewiesensein auf freiwillige Helferinnen, die nur beschränkt Zeit aufwenden können, um sie der Organisation zu widmen. Dazu fehlen die Räumlichkeiten, was wiederum die Schwierigkeit mit sich bringt, neue Frauen oder die Öffentlichkeit zu erreichen.

Auch fehlen in Guatemala Modelle lesbischer Organisationen, auf die sich

neue Gruppen beziehen könnten. All dies führt zu einer verstärkten Abhängigkeit von den Mitteln schwuler Organisationen.

Zur Zeit arbeiten die Mitfrauen von *Lesbiradas* bei sich zu Hause. Sie treffen sich regelmässig, organisieren Anlässe und Aktivitäten und sammeln Geld, um ein eigenes Büro eröffnen zu können. In der Zwischenzeit, auch ohne eigenes Büro, verfolgt *Lesbiradas* ihre Aufklärungskampagnen weiter, um die Sichtbarkeit von Lesben in der guatemalteckischen Gesellschaft zu stärken.

### Unterschiede in der Unterschiedlichkeit

Respekt und Wertschätzung von Unterschieden innerhalb der Lesbenbewegung sind Teil des Kampfes. Klassen- und Ideologieunterschiede führen immer wieder zu komplizierten und rigiden Trennungen in der Lesbenszene. Da *Lesbiradas* versucht, politisch progressiv Einfluss zu nehmen, bindet sie Lesben verschiedenster politischer Hintergründe und sozialer Schichten ein, mit dem Ziel, die Wertvorstellungen der Lesbenbewegung zu diskutieren und zu stärken.

Die Gruppe ist sich der Notwendigkeit bewusst, mehr Kontakt zu Lesben aus ländlichen Gegenden, die meist in noch grösserer Isolation leben, aufzubauen. Während Indígenafrauen auch in *Lesbiradas* in der Minderheit sind, gibt ihnen die urbane Umgebung, im Gegensatz zur Realität ihrer Schwestern auf dem Land, doch relativ mehr Freiheiten.

Persönliche Unterschiede bestimmen auch die politische Bandbreite der Lesbenbewegung. Alle müssen voneinander lernen, lesbische Mütter, behinderte und chronisch kranke Lesben, Maya-Lesben, Garífuna-Lesben, junge Lesben, arme Lesben, Lesben aus dem Hinterland, Lesben im Gefängnis, etc.

### Die Rolle der Solidarität

AktivistInnen für sexuelle Vielfalt werben um breite moralische und politische Unterstützung, Begleitung von MenschenrechtsaktivistInnen und finanziellen wie technischen Support für ihre Organisation und ihre Aktivitäten. Sie fordern die internationale Solidaritätsbewegung auf, die spezifischen Probleme von Lesben, Schwulen und Transvestiten ernst zu nehmen und in ihr Engagement für Menschenrechte zu integrieren. Vorurteile, Diskriminierung und Verbrechen aus Hass gegen Homosexualität sind weltweit verbreitet, genauso wie die Notwendigkeit, Kräfte über politische und kulturelle Grenzen zusammen zu schliessen im Kampf gegen die Vorherrschaft des Patriarchats. Friedensförderungsbestrebungen von guatemalteckischen Lesben und Schwulen sollen zusammen mit anderen Bewegungen mithelfen, eine neue und bessere Welt zu schaffen.

## Unaufgeklärte Morde an Frauen

**Guatemala, 17. Feb.** In weniger als zehn Monaten sind in Guatemala rund 350 Frauen ermordet worden, ohne dass bis heute eines dieser Verbrechen aufgeklärt wurde. Die ermordeten Frauen waren zwischen 20 und 40 Jahre alt, ihre Leichen waren verstümmelt und wiesen Spuren von Folter und/oder Vergewaltigung auf. Die Mehrheit dieser Verbrechen wurden in der Hauptstadt begangen, viele der ermordeten Frauen trugen keine Identitätspapiere auf sich und konnten nicht identifiziert werden.

Gemäss Innenminister Adolfo Reyes Calderón gehören die Frauen zur verletzlichsten Bevölkerungsgruppe, käme doch nun zu den 'bekann-

ten Risikofaktoren' wie häusliche Gewalt, körperliche und psychische Misshandlung, Diskriminierung und Ausschluss aufgrund von Klasse und Geschlecht nun auch noch die systematische Ermordung von Frauen dazu. Nebst den rund 350 Morden gingen bei der Staatsanwaltschaft, der Polizei und dem Menschenrechtsprokurat 2887 Anzeigen wegen Vergewaltigung, 19'000 wegen häuslicher Gewalt und 458 Anzeigen wegen Kindsmisbrauch ein.

Die Behörden nennen die Jugendbanden als die Hauptverdächtigen für die Frauenmorde. In Guatemala gibt es rund 300 solcher Jugendbanden, denen rund 200'000 Jugendliche (bei-

den Geschlechts) angehören und die ihren Lebensunterhalt vor allem mit Diebstahl, Drogenhandel und Erpressung bestreiten.

Guatemaltekkische Frauenorganisationen verzeichnen in den letzten Jahren eine rapide Zunahme an Frauenmorden. Angefangen hat die Serie 1999 mit der Ermordung von sieben Sexarbeiterinnen. Den Leichen wurde auf die Rücken geschrieben: "Weil sie eine Frau ist" - auch diese Morde sind bis heute nicht aufgeklärt. Wie immer auch die offizielle Version ist, SexarbeiterInnen erwähnen staatliche und paramilitärische Sicherheitskräfte als hauptverantwortlich für die Repression gegen Prostituierte und Transvestiten.

## Hai frisst kleinen Fisch - Ein weiterer Bankenskandal

**Guatemala, 3. März.** Das oberste Kontrollorgan für guatemaltekkische Banken (*Superintendencia de Bancos*, SB) reichte am 12. Februar eine Betrugsklage ein gegen den Aktionär der *Banco del Nororiente* (BANORO), Angelo Bruno Stragá, und gegen den ehemaligen Geschäftsführer der Bank, Alvaro Mayorga.

Die beiden werden beschuldigt, rund 115 Mio. Quetzales (ca. 14 Mio. US-\$) unterschlagen zu haben. Vier Tage zuvor verliess Stragá, der sich öffentlich seiner Freundschaft mit

Präsident Alfonso Portillo brüstet, das Land.

Die BANORO kämpft schon seit längerem mit Liquiditätsproblemen. Immer wieder machten auch Gerüchte die Runde, die Bank sei in Geldwäschegeschäften verwickelt. In den letzten Jahren konnte sich die BANORO nur noch dank der Einlage staatlicher Gelder über Wasser halten. Die staatliche Bank *Crédito Hipotecario Nacional* (CHN) gewährte der BANORO noch dieses Jahr ein Darlehen von 148 Mio. Quetzales, um die Bank vor dem Untergang zu retten.

Aus Angst, dieses Geld sowie die über 100 Mio. Quetzales an KundInnen-gelder gänzlich zu verlieren, ordnete nun Präsident Portillo an, dass die CHN die BANORO 'retten', sprich übernehmen solle. Die Währungskommission (in der mehrheitlich FRG-Mitglieder sitzen) stimmte diesem Entscheid zu, was eine harsche Kritik von Finanz- und PolitexpertInnen auslöste. Hauptkritikpunkt ist die enge Beziehung zwischen Portillo und Stragá: Der Bankier, einer der Financiers der Wahlkampagne Portillos, hat diesem im März 2002 ein ca. 2 Hektar grosses Landstück in Zacapa (Portillos Heimatdepartement) zum symbolischen Preis von ca. 380 US-\$ verkauft. Vor seinem Wahlsieg gehörte Portillo dem Vorstand der BANORO an. Und als Portillo eine seiner ersten (höchst umstrittenen) Amtshandlungen tätigte, nämlich kubanischen Zucker importierte, waren es die BANORO und die Banco Promotor (im Besitz von Francisco Alvarado McDo-

nald, einem weiteren Freund Portillos), welche das Geschäft finanzierten.

Das späte Bekanntwerden der Krise in der BANORO sowie die Reaktion Portillos lösten aber auch Kritik aus an der Effizienz der neuen Finanzgesetze, die von der guatemaltekkischen Zentralbank (BANGUAT) als ein Mittel präsentiert wurde, die Straffreiheit im Bankwesen zu unterbinden und die erlauben sollte, zahlungsunfähige Banken aus dem Markt auszuschliessen, ohne dass der Staat die Kosten übernehmen muss. Die Massnahme, die im Fall der BANORO getroffen wurde, widerspricht völlig den Finanzgesetzen. Die beschleunigte Fusion der beiden Banken wird interpretiert als eine Bevorzugung politischer gegenüber technischer Lösungen und als eine letzte Konzession Portillos an seine Bankerfreunde.

Dieser Vorwurf wird vom Zentralbankpräsidenten Linardo Sosa demontiert: Man habe die Übernahme beschleunigt, weil nach der Bekanntgabe der Klagen gegen Mayorga und Stragá Panik ausgebrochen sei unter den KleinsparerInnen und alle ihre Einlagen zurückziehen wollten. Dies hätte zu noch grösseren Liquiditätsproblemen geführt und die Durchführung des Regulierungsplans, der seit 2002 umgesetzt werde, zunichte gemacht.

Die CNH hat letztes Jahr unter ähnlichen umstrittenen Umständen bereits die *Banco del Ejercito* 'übernommen'.

### ¡Fijáte!

Herausgegeben von:  
Verein ¡Fijáte!

2502 Biel  
PC: 30-516068-6

Redaktion:  
Barbara Müller  
Christiane Treeck

Abos:  
¡Fijáte!  
c/o Barbara Müller

Ankerstrasse 16  
8004 Zürich  
Tel. 01/ 241 44 43

E-Mail:  
barbara-m@bluewin.ch

Jahresabo: 100.- Fr.  
Auslandabo: 120.- Fr.  
Förderabo: ab 200.- Fr.  
E-Mail-Abo: 85.- Fr.

Erscheinungsweise vierzehntägig.

Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht.

## Auf gute Nachbarschaft!

**Guatemala, 5. März.** Für den 14. März, den *Internationalen Tag gegen Staudämme*, planen Umweltgruppen und soziale AktivistInnen im Petén eine Grossdemonstration gegen den im Rahmen des *Plan Puebla Panamá* (PPP) vorangetriebenen Plan des Baus von fünf Staudämmen an den Flüssen Usumacinta, La Pasión und Salina. Folgen dieses Projekts sind neben katastrophalen Auswirkungen auf Flora und Fauna auch die potentielle Überschwemmung von bewohnten Territorien. Dazu kommt der Bau von Strassen in der Nähe von Tikal, die durch das Maya-Biosphärenreservat führen werden und der infrastrukturellen Verbindung zwischen Guatemala, Mexiko und Belice dienen sollen. Der Bau von zusätzlichen Tourismusprojekten soll von der *Interamerikanischen Entwicklungsbank* (BID) und der *Zentralamerikanischen Bank der Wirtschaftlichen Integration* (BCIE) finanziert werden.

Bislang wurden jegliche Pläne diesbezüglich von Regierungsseite negiert und geheimgehalten, so dass den

AnwohnerInnen jeglicher Informationszugang versperrt ist. Obwohl sie auf traurige Erfahrungen im Zusammenhang mit dem Wasserkraftwerk von Chixoy in Alta und Baja Verapaz zurückblicken, bei dem ProjektgegnerInnen und ihre Familien einfach beseitigt, SympathisantInnen Eigentums-titel auf Grundstücke und Pflanzungen aberkannt und keine der vorherigen Versprechen bzgl. Ländereien und Wohnungsbau erfüllt wurden, machen sich die BewohnerInnen im Petén gegen die Pläne stark.

Die mexikanische Regierung brachte mit der Freigabe des mexikanischen Terrains das Projekt des *Mesoamerikanischen Biologischen Korridors* auf den Weg, das angeblich das Ziel verfolgt, die Lebensbedingungen der Menschen zu verbessern und die natürlichen Ressourcen zu schützen, die in der Region, sprich Südamerika und Mittelamerika, vorkommen. In den kommenden sieben Jahren soll das unter der Schirmherrschaft der Weltbank stehende 17-Mio.-US\$-Projekt, das mit den geplanten 597 Schutzge-

bieten eine Fläche von 16 Mio. 449'435 ha umfassen wird, lokale Praktiken in Planung und Entwicklung fördern sowie die Einbettung von Kriterien der Biodiversität in die öffentlichen Ausgaben zu erreichen suchen.

Gleichzeitig sorgt die mexikanische Regierung aber dafür, dass der Kontakt zum südlichen Nachbarn nicht zu freundschaftlich und offen wird. Deshalb startete die *Präventive Bundespolizei* die Operation *Wächter*: Aus Angst vor TerroristInnen sowie konventionellen und chemischen Waffen, die gegen strategische nationale wie nordamerikanische Einrichtungen gerichtet werden könnten, wird mit militärischen Geheimdienstaktionen, der Stationierung von Reservisten und verstärkter Militärpatrouillen in den "Risikogrenzgebieten" vorgegangen. Eine neue und mit bester Technologie ausgerüstete *Soforteingriffsgrenztruppe* (GRIF) soll sich der Bekämpfung und der Prävention von Verbrechen wie dem illegalen Handel von Personen, Edelhölzern und Waffen annehmen.

## Handelsgespräche

**Guatemala, 5. März.** Im Rahmen der vergangenen Verhandlungsrunde über die *Freihandelszone der Amerikas* (ALCA) in Panama haben die zur Gruppe CA-4 gehörenden Länder Guatemala, El Salvador, Honduras und Nicaragua inzwischen ihre Initialangebote in Bezug auf Zollfreistellungen vorgestellt. In dem gemeinsamen Dokument ist die Rede von der Zollaufhebung von 42 % der bislang 6'163 zu verzollenden Produkte, die v.a. Rohstoffe sind, die nicht in der Region produziert werden.

In den Gesprächen erhitze besonders das Thema der Subventionen von Landwirtschaft und Export die Gemüter der VertreterInnen der 34 beteiligten Länder. Während die Länder des *MERCOSUR*, zu denen Argentinien, Brasilien, Uruguay und Paraguay gehören, sich lediglich auf die Befreiung von Zollabgaben einlassen, wenn der Handelspartner seine entsprechenden Subventionen aufhebt, behalten sich andere Länder in ihren Verhandlungszusagen das Recht vor, ihre Angebote abhängig von der sich entwickelnden Bilanz modifizieren zu können.

Da sie ihrerseits die Aufhebung von Subventionen von einem reziproken Vertrag von Japan und der EU abhängig machen, verweisen die USA diese Diskussion an die Welthandelsorganisation (WTO).

Unterdessen gingen auch die Ver-

handlungen um das Freihandelsabkommen TLC zwischen Mittelamerika und den USA in ihre nächste Runde. In diesem Kontext stellt die Dezertifizierung Guatemalas durch die USA vor wenigen Wochen einen möglichen Stolperstein dar. Auf der einen Seite versichert zwar die nordamerikanische Regierung, dass es ihr bereits genüge, wenn Guatemala alle existierenden Gesetze und internationalen Konventionen hinsichtlich Aspekten wie Menschenrechte, Transparenz und Sicherheit erfülle, doch solange Portillo und Ríos Montt noch am Steuer stehen, hat das Land des ewigen Frühlings bei manchem Senator um Bush keine guten Karten.

Beim zweiten Treffen der TLC-Gruppe ging es vornehmlich darum, dass die USA einen von ihnen ausgearbeiteten Basistext den VertreterInnen der CA-Länder zu Gehör brachte, in dem es um normative und technische Aspekte wie Zollpraktiken und Konfliktlösungsmethoden ging. Zum Unmut anwesender UnternehmerInnen wird ihnen die Teilnahme an allen Diskussionen verwehrt, inhaltliche Details wurden ebensowenig bekannt gegeben.

Neben der Frage nach der Aufnahme bestimmter (Agrar-) Produkte und dem jeweils speziellen Umgang mit Bestimmungen wie Hygiene oder Etikettierung stellt das Thema 'Intellektuelles Eigentum und

Marktzugang' eine für alle Seiten besorgniserregende Problematik dar. Während sich die USA v.a. um digitale Produkte Gedanken macht, drehen sich die der CA-VertreterInnen eher um den Zugang zu Medikamenten und Agrarchemikalien. SpezialistInnen sind der Ansicht, dass die USA darauf hinauswollen, ein ähnliches Abkommen wie das zwischen ihnen und Singapur bestehende Übereinkommen des *patent term restoration* zu erreichen, nach welchem die Zeit, die ein AntragstellerIn eines Patenten warten gelassen wird, kompensiert wird. Dies hätte zur Folge, dass der Zugang zu Generika unmöglich würde und die Preise von Dünge-mitteln enorm anstiegen.

Um mitreden zu können, muss sich Guatemala aber selbst erst einmal einig werden. Bislang gibt es zur Frage des intellektuellen Eigentums noch keinen Konsens zwischen privatem und öffentlichem Sektor. Auch muss überlegt werden, wie gegenüber den USA die hohe Anzahl informell Arbeitender und auch die 900 Tausend für ihr Überleben arbeitenden Kinder überzeugend zu rechtfertigen sind.

Beim nächsten in Guatemala stattfindenden TLC-Treffen haben die zentralamerikanischen Länder die Möglichkeit, einen Gegenentwurf zum USA-Vorschlag vorzustellen. Wie weit dieser dann überhaupt beachtet wird, wird sich wohl zeigen.

## In Gedenken an die Opfer

**Guatemala, 3. März.** Anlässlich des Nationalen Tages der Würde der Opfer am 25. Februar veranstalteten zahlreiche Überlebende und Familienangehörige von Opfern des internen Konflikts aus verschiedenen Landesteilen eine Maya-Zeremonie und einen anschliessenden Fussmarsch durch das Historische Zentrum von Guatemala Stadt. Dabei wurde der Menschen gedenkt, die im Genozid des Staatsterrors und der v.a. von staatlichen Sicherheitskräften und Zivilpatrouillen begangenen Massaker umgekommen sind.

Auch internationale Organisationen wie die UN-Mission für Guatemala, MINUGUA, Amnesty International und andere unterstützen die Forderung der Anwesenden an den Kongress, endlich das Gesetz zur Entschädigung der Opfer zu verabschieden und unter Dringlichkeit eine entsprechende *Nationale Kommission* einzusetzen, um die Empfehlungen der *Wahrheitskommission* (CEH) wenigstens ansatzweise zu erfüllen. Diese hatte vor genau vier Jahren einen Bericht vorgelegt, der belegte, dass die Regierung keine Massnahmen ergriffen hat, um die Erinnerung an die Opfer zu bewahren. Ebenso fehlt jeglicher Ansatz zur Gewährleistung von Garantien

und der Entwicklung einer Kultur des gegenseitigen Respekts. Das Dokument beinhaltet des weiteren 84 Empfehlungen, die auch die Entschädigung der Familienangehörigen der Verstorbenen sowie die Stärkung eines demokratischen Prozesses umfasst. Doch weder der CEH-Bericht "Guatemala, Erinnerung des Schweigens" noch das vor fünf Jahren veröffentlichte dreibändige Dokument „Guatemala – Nie wieder“ des Menschenrechtsbüros des Erzbistums Guatemala (ODHAG) veranlasste die Regierung bislang, ihre entsprechende Verantwortung zu übernehmen. Statt dessen, so die *Multiinstitutionelle Instanz für den Frieden und die Eintracht*, belohne die derzeitige Regierungspartei FRG die für den Völkermord Verantwortlichen, was sich im Fehlen jeglicher Ermittlungen der in der Vergangenheit begangenen schwerwiegenden Menschenrechtsverletzungen sowie der totalen Passivität bei der Suche der in jener Zeit verschwundenen Kinder zeige.

Währenddessen führte die *Stiftung forensischer Anthropologie* (FAFG) in Zusammenarbeit mit der Witwenorganisation CONAVIGUA bzw. der Gewaltopfervereinigung der Verapaces, ADIVIMA, im Februar mehrere Exhumierungen

durch. Dabei wurden in 20 Massengräbern im Dorf Patzulá im Quiché die Gebeine von 45 Menschen gefunden, denen laut Aussagen von Familienangehörigen in den Jahren 1980-83 die Flucht in die Berge nicht gelungen war, und die Opfer inoffizieller Hinrichtungen wurden.

In geheimen Massengräbern im Raum Rabinal, Baja Verapaz, gehören die gefundenen Überreste zu 37 Massakrierten, während im Departement Chimaltenango 65 Skelette auf dem ehemaligen Militärstützpunkt San José Poaquil gefunden wurden, die jedoch, wie die Opfer der anderen Orte, noch nicht alle identifiziert sind. In der Hoffnung, dass sich die Angehörigen erinnern und Hinweise geben können, werden nun die bei den Toten gefundenen Gegenstände und Kleidungsreste ausgestellt, bevor die Opfer schliesslich im Rahmen einer Mayazeremonie sowie christlicher Begrabnisse in Würde ihre letzte Ruhe finden können.

Die beteiligten Organisationen sehen darin eine wichtige Möglichkeit für die Angehörigen, sich von ihren Lieben zu verabschieden und nach soviel Jahren ungewisser, schmerzlicher Trauer ihren inneren Frieden zu finden.

## Noch mehr untätige Kongressabgeordnete?

**Guatemala, 8. März.** Aufgrund einer provisorischen Auswertung der im letzten Jahr durchgeführten Volkszählung ist die Bevölkerung Guatemalas auf 11'237'196 Personen angewachsen, rund 2,1 Mio. mehr als bei der letzten Zählung 1994. Zwar sind bisher noch keine Details über Geschlecht, Alter und demographische Verteilung bekannt, doch eines ist klar: Gemäss Gesetz, das besagt, dass einE KongressabgeordneteR auf 80'000 EinwohnerInnen kommt, müsste die Zahl der Abgeordneten von jetzt

113 auf neu 158 erhöht werden.

Mit der Begründung "Was wir brauchen sind nicht mehr Abgeordnete, sondern solche, die besser arbeiten" schlug die ANN-Abgeordnete Nineth Montenegro eine Gesetzesreform vor, gemäss der pro 100'000 EinwohnerInnen einE AbgeordneteR in den Kongress gewählt wird. Ein weiteres Argument Montenegros sind die Kosten: "Weshalb noch mehr Geld ausgeben für Leute, die eh die meiste Zeit ihrer Arbeit fernbleiben?"

Montenegros Vorstoss wird unter anderem von der FRG unterstützt, unter der Bedingung, dass die aufs Eis gelegte Diskussion über die Reform des Wahlgesetzes wieder aufgenommen werde. Ein kluger Schachzug, geht es doch dabei u.a. darum, dass auch im Ausland lebende GuatemalteKInnen wählen können, aus ihrer Partei ausgetretene Abgeordnete von ihrem Amt im Kongress ausschliessen zu können und um die leidige Frage, ob Ríos Montt als Präsidentschaftsanwärter kandidieren kann.

## Wallfahren - auch eine Form von Protest

**Guatemala, 28. Feb.** Padre Rigoberto Pérez, Pfarrer von Nebaj, und neun Mitglieder seiner Kirchgemeinde haben eine Fusswallfahrt nach Antigua Guatemala unternommen. Sie starteten am 21. Februar nach einer Messe um 4 Uhr in der Früh; an diesem Tag vor einem Jahr war die Pfarrei niedergebrannt worden (siehe ¡Fijáte! 258). Der Gruppe gehört u.a. der Besitzer eines kleinen Ladens an, in dem angeblich der Brand durch einen Kurzschluss ausgelöst wurde. Es steht aber inzwischen fest, dass es mehrere Brandherde innerhalb des Pfarrhauses gab.

Die 210 km lange Pilgerreise nach Antigua Guatemala ans Grab des heiligen Pedro, dem Bruder der Armen, soll eine Reise des Verzeihens und des Dankes sein. In einem Brief an die deutsche Solidaritätsbewegung schreibt Padre Rigoberto: "Ohne auf Gerechtigkeit zu verzichten, fühle ich die Notwendigkeit, denjenigen zu verzeihen, die den Brand verursacht haben und ein Zeichen des Dankes zu setzen gegenüber allen nationalen und internationalen Personen und Institutionen, die ein Wächteramt wahrnehmen in Bezug auf die Menschenrechtslage in

Guatemala."

In Nebaj haben die Arbeiten zum Wiederaufbau des Pfarrhauses noch nicht begonnen. Die Staatsanwaltschaft begründet den 'Baustopp' damit, dass die Untersuchungen noch nicht abgeschlossen seien. Gemäss Padre Rigoberto zeigen die zuständigen Stellen aber kein Interesse daran, diese Untersuchungen weiter voranzutreiben. Er selber hat mehrmals telefonische Todesdrohungen bekommen, in denen man ihm sagte, er solle aufhören, die Sache zu untersuchen, falls ihm sein Leben lieb sei.

## LehrerInnenproteste: Keine Lösung in Sicht

**Guatemala, 7. März.** Selbst gegen Ende der siebten Streikwoche der gesamten staatlichen Lehrerschaft zeichnet sich noch nicht einmal ein erster Konsens zwischen Regierung und DozentInnen ab. Letztere erfahren dagegen massive Unterstützung von allen Seiten der Gesellschaft: An den Forderungen, Demonstrationen, Besetzungen von strategischen Verkehrspunkten wie Grenzübergängen, Erdölinstallationen und Flughäfen, beteiligt sich derweil das ganze Land, so z.B. auch die Kirchen, und in Sololá unter Leitung des indigenen Bürgermeisters *72 comunidades*. Provoziert wird diese Solidarität zudem durch die andauernden repressiven Massnahmen der Regierung, die weiter mit Entlassungen und Anklagen droht, bislang das Gehalt für den Februar nicht ausbezahlt hat und gar in Aussicht stellt, den Belagerungszustand auszurufen, was die Aufhebung jeglicher Garantien für die gesamte Gesellschaft zur Folge hätte.

Während sich Präsident Alfonso Portillo seit Wochen nicht mehr in der Öffentlichkeit zeigt und seine Kommentare nur im Radio oder bei exklusiven Preseterminen verlauten lässt, weiss er Zivilpolizei, Militär und selbst die Ex-PAC's als getreue Handlanger, die, so im Petén, den LehrerInnen eigene Ultimaten zur Wiederaufnahme des Unterrichts stellen, bevor zu Massnahmen gegriffen werde.

An einem mehr als 300km langen *Nationalen Marsch der Magisterialwürde* von Ixtahuacán, Huehuetenango,

in die Hauptstadt, der in Erinnerung an den von staatlichen Sicherheitskräften niedergeschlagenen Protestmarsch der Bergwerksarbeiter 1975 durchgeführt wurde, nahmen an die 8'000 Menschen teil, die von der Bevölkerung mit Lebensmitteln, Wasser und Schlafplätzen alimentiert wurden. Anschliessend sammelten sich diverse soziale Sektoren am 3. März zur Massendemonstration, um mit vereinten Kräften die Lösung im Bildungs- und Agrarbereich sowie der Kaffee- und Landkrise einzufordern und gegen die Preiserhöhung von Kraftstoffen und, als Folge davon, des Transportwesens zu protestieren.

Verschiedene Lösungsmodelle für den Bildungssektor wurden von den beteiligten Seiten eingereicht. Die LehrerInnen, die ihre Vorschläge offensichtlich in funktionierender Basisdemokratie erarbeiten, fordern eine Angleichung der Staatsausgaben für den Bildungssektor mindestens an den lateinamerikanischen Durchschnitt, also eine Erhöhung der aktuellen 1,7% auf 4,2% des BIP. Ihre Ansprüche auf 100% Gehaltserhöhung sind inzwischen auf Q 250 (ca. US\$ 32) monatlich gesunken.

Doch das Angebot der Regierung von einem jährlichen Bonus von Q 1'500 in zwei Raten oder Q 100 im Monat, also ihrem allerersten Vorschlag gleich, sei eine Demütigung des Lehrkörpers, forderte dieser doch keine persönliche, gehaltstechnische, sondern eine grundsätzliche Verbesserung des gesamten Bildungssektors, also eine gesicherte, langfristige Etaterweiterung des Mini-

steriums. Dass sich dessen Chef, Bildungsminister Torres, dagegen wehrt und gegen die agiert, die sich um das Wohl seines Ressorts bemühen, erscheint ironisch.

Alvaro Colóm von der Partei UNE schlug zur Finanzbeschaffung die eigentlich seit sechs Jahren anstehende Auflösung des *Präsidentialen Generalstabs* (EMP) vor. Rodolfo Paiz der *Demokratischen Einheit* spielte indes mit dem Gedanken der Erhöhung der Mehrwertsteuer um 1%, was einen 'Gewinn' von Q 1 Milliarde im Jahr hiesse.

Doch die Verhandlungen über die für einen Notstandsplan erforderlichen Überweisungen verschiedener Ministerien von insgesamt Q 810 Mio., wie die Opposition bereits vorgeschlagen hatte, scheiterten an den für eine Abstimmung notwendigen 75 % der Kongressstimmen: Ausreichend FRG-AnhängerInnen hatten rechtzeitig den Saal verlassen.

Präsident Portillo hat so seine eigene Einstellung und Auffassung der Situation: "Wenn ich bis Freitag (7. März, sein letztes Ultimatum, die Red.) keine Antwort erhalte, werde ich eine richtige Reform des Bildungssektors durchziehen, d.h. eine totale Dezentralisierung und PRONADE-Schulen (selbstverwaltete, die Red.) im ganzen Land. Wir haben Toleranz und Respekt gezeigt und Opfer im Fiskalbereich geleistet. Mehr können wir nicht tun. Das Land braucht eine grosse Veränderung hinsichtlich der Bildung und ich bin bereit, diese zu vollbringen, komme, was wolle."

## Sergio Morales: Die LehrerInnen sind im Recht

**Guatemala, 2. März.** Ausschnitte aus einem Interview mit Menschenrechtsprokurator Sergio Morales über die Legitimität der LehrerInnenproteste, veröffentlicht in *Prensa Libre*:

*Wie schätzen Sie die aktuelle Situation im Land ein?*

Die sozialen Spannungen haben sich in einem Klima der Unregierbarkeit zugespitzt. Die Unzufriedenheit wächst und die Regierung unternimmt nichts. Nebst den Protesten der LehrerInnen haben wir die Land- und die Arbeitsproblematik. Es muss eine für die LehrerInnen würdevolle Lösung gefunden werden. Dies gebietet nicht nur die Moral, sondern auch die Verfassung.

*Es scheint, dass es bald zu einer Explosion kommt?*

Wir haben eine Anhäufung sozia-

ler Forderungen, denen man sich während Jahren nicht angenommen hat. Die Friedensabkommen bieten eine Grundlage, diese Konflikte zu lösen, doch dies ist nicht geschehen. Nicht, weil die Forderungen nicht gerechtfertigt wären, sondern weil die Regierenden versagt haben. Die Leute haben die Diskurse satt und sind ausgepowert und frustriert.

*Was halten sie von dem Argument, man müsse zuerst die Forderungen der PAC erfüllen, bevor man auf die der LehrerInnen eingehe?*

Man darf die Sachen nicht miteinander vermischen. Bei den Forderungen der LehrerInnen geht es nicht nur um Gehaltserhöhung, sondern um soziale Verbesserungen. Es ist eine Bewegung, die sich in Friedenszeiten artikuliert, die legitime Forderungen vertritt und in einem friedlichen Rahmen agiert.

*Wie kann der Konflikt gelöst werden?*

Die VertreterInnen der LehrerInnen haben ihre Bereitschaft zu Verhandlungen gezeigt. Ich glaube, die Regierung sollte den Effort machen und ebenfalls verhandlungsbereit sein.

*Wird die Regierung die Situation ausnutzen und den Ausnahmezustand ausrufen?*

Diese Versuchung existiert, wobei ich keine Übertretung der sozialen Ordnung sehe, die einen solchen Schritt rechtfertigen würde. Die LehrerInnen- und BäuerInnenbewegung bescheren der Regierung Probleme, aber sie sind nicht gewalttätig. Ich möchte an die Worte eines englischen Politikers erinnern, der sagte: Die Strassen sind nicht nur für den Verkehr da, sie sind auch soziale und kulturelle Räume.